

## Team-Info 11/2023

CURRENTA  
GRUPPE

### Brückenstrompreis für Unternehmen

Die Gewerkschaften im DGB waren und sind in der Frage der Einführung eines Brückenstrompreises für energieintensive Industrien gespalten. Während IG-Metall und IG BCE sich vehement für eine solche Hilfe für die energieintensiven Unternehmen einsetzen, wies die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf die zunehmende Ungerechtigkeit zwischen Industriestrompreis (ca. 10-15 Cent/kwh) und Strompreis für Normalverbraucher (Durchschnittlich 40 Cent/kwh, mit Strompreisbremse) hin. Mit Einführung eines Brückenstrompreises wird dieser Unterschied noch gravierender.



Das Belegschafts-Team hat sich in seiner Klausurtagung mit dieser Thematik befasst und darauf hingewiesen, dass auch die Beschäftigten der CUR-Gruppe über abweichende Tarifregelungen vom Entgelttarifvertrag der chemischen Industrie deutlich abgesenkte Tarife haben und deshalb auch erhöhten Belastungen durch ansteigende Strompreise ausgesetzt sind.

Deshalb setzt sich das Belegschafts-Team für eine allgemeine Absenkung des Strompreises über die Absenkung der Steuern ein. Dies entspricht auch einer Forderung des Deutschen Mieterbundes, der im Interesse der Mieter eine allgemeine Stromsteuersenkung fordert.

**Bundesregierung hat reagiert:  
Strompreispaket für produzierende  
Unternehmen beschlossen.**

Kein Brückenstrompreis – aber Strompreispaket durch Steuersenkung für pro-

#### Ansprechpartner Team-Info:

**Emine Erdoğmus**, Tel. 0214 2605 52255  
Mobil 01753072933  
Betriebsrat CUR/TEC Leverkusen

**Tanja Pielic**, Tel. 0214 2605 21395  
Mobil 01624195844  
CUR/TEC Leverkusen

**Andre Wolf**, Tel. 0214 2605 72151  
Betriebsrat CUR/TEC Leverkusen

**Georg Adamiec**, Tel. 0214 2605 24473  
Betriebsrat CUR/TEC Leverkusen

**Ingo Esters**, Tel. 02133 489 26033  
Betriebsrat CUR/TEC Dormagen

Betriebsrats-  
Mitglieder  
Leverkusen

Vorstand

Betriebsrats-  
Mitglieder  
Dormagen



#### CUR/TEC LEV

#### Sprechstunde unserer Betriebsräte:

**Jeden Donnerstag, 13:30 Uhr – 16:00 Uhr  
Gebäude G 11, Zimmer 14**

#### Nächste Vorstandssitzung:

**Mittwoch, den 06.12.2023 / 16:00 Uhr**  
Für interessierte Kolleg:innen besteht die Möglichkeit der Teilnahme als Gast.  
Anmeldung erforderlich über „Mitmach-Formular“

duzierende Unternehmen! Wesentlicher Bestandteil des Pakets ist eine massive Stromsteuersenkung für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes und schließt damit auch den Mittelstand mit ein: Sie sinkt auf den Mindestwert, den die Europäische Union zulässt. Die Strom-

steuer kostet die Unternehmen dann noch **50 Cent pro Megawattstunde beziehungsweise 0,05 Cent pro Kilowattstunde**. Vorher waren es 15,37 Euro pro Megawattstunde und 1,537 Cent pro Kilowattstunde.

Unternehmen des produzierenden Gewerbes konnten bisher zudem unter bestimmten Voraussetzungen einen großen Teil der zu zahlenden Stromsteuer erlassen bzw. der gezahlten Stromsteuer erstattet bekommen, d.h. mit dem Spitzenausgleich können energieintensive Unternehmen für das Antragsjahr 2023 bis zu 90 Prozent der Stromsteuer zurück erhalten.



### Ungerechtigkeit wird größer!

Damit kommt die Bundesregierung den Überlegungen des Belegschafts-Teams teilweise nach, indem sie die Stromsteuer absenkt. Die Ungerechtigkeit gegenüber dem Normalverbraucher steigt jedoch gleichzeitig. Das Belegschafts-Team fordert weiterhin eine Entlastung auch für den Normalverbraucher!

### Beschluss wieder auf dem Prüfstand?

Durch das kürzliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushaltsgesetz 2021, mit der Auswirkung, dass die Bundesregierung nun ein 60-Milliarden-Euro Loch stopfen muss, dass in einer Kreditplanung für die kommenden Jahre bereits vorgesehen war, steht alles wieder auf dem Prüfstand. Da die Bundesregierung bisher weder die Schuldenbremse reformieren noch „Starke Schultern“ mehr belasten möchte, wird ein deutlicher Bundessparhaushalt immer wahrscheinlicher. Die FDP fordert inzwischen tiefe soziale Einschnitte und der Bundeswirtschaftsminister sieht die Energiepreisbremse in Gefahr...

### Reform der Schuldenbremse

Die Gewerkschaft ver.di fordert als Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Investitionsmöglichkeiten des Staates grundlegend zu reformieren. Staatliche Investitionen und gezielte Maßnahmen zum sozialen Ausgleich seien notwendig. Sonst drohen Gesellschaft und Wirtschaft Schaden zu nehmen.



*Wir stellen vor:*



**Sandra  
Röhrig**

Sandra Röhrig ist seit 2016 im Unternehmen tätig und arbeitet als medizinisch-technische - Laboratoriumsassistentin im Institut für Biomonitoring in Leverkusen.

Sie ist für das Belegschafts-Team als Ersatzbetriebsrat in der Fraktion tätig und gehört auch dem Vorstand an.

„Es ist wichtig im Unternehmen eine Stimme zu haben, die sich für die Interessen und das Wohl der Belegschaft einsetzt. Durch die Mitarbeit in Betriebsrat und Belegschafts-Team sehe ich die Möglichkeit, aktiv zur Verbesserung und Erhaltung unseres Arbeitsumfeldes beizutragen. Es geht darum, die Kommunikation zwischen Belegschaft und Geschäftsführung zu verbessern, konstruktiv an Lösungen zu arbeiten und sicherzustellen, dass die Rechte und Bedürfnisse jedes Einzelnen gehört und respektiert werden“, sagt Sandra Röhrig.